

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

NEUNZEHNTES JAHR
OKTOBER 1968

10

HANS HENRICH

Tschechoslowakische Tragödie — ein sowjetisches Trauerspiel

Es ist schwer, über den bewaffneten Überfall der Sowjets und ihrer Hilfstruppen aus vier weiteren Staaten des Warschauer Paktes ohne Emotionen zu schreiben. Aber an Gefühlsaufwallungen hat es in all dem, was in den vergangenen Wochen geschrieben worden ist, nicht gefehlt. Jetzt ist es an der Zeit, dem Verstand den Vorrang zu lassen und die Tatsachen zu analysieren.

Schlimmer als ein Verbrechen

Wenn man nach den Motiven dieses Gewaltaktes sucht, wird man an den Ausspruch Talleyrands zu der von Napoleon I. befohlenen Erschießung der Herzogs von Enghien erinnert: „Das ist noch schlimmer als ein Verbrechen — das ist eine Dummheit.“ Ein solches Urteil geht stillschweigend von der ökonomischen, man möchte fast sagen: marxistischen Denkweise aus, die sich bei uns der meisten bemächtigt hat — auch jener, die es nicht wahrhaben wollen. Aber mit Erstaunen stellt man fest, daß die Sowjets nicht marxistisch-rational reagierten, sondern in einer seltsamen Mischung von Emotionen, Komplexen und alten (imperialistischen!) Machtvorstellungen, verbrämt mit pseudo-marxistischen Formeln.

Dieses Auseinanderklaffen von Lehre und Praxis ist nicht neu in der Menschheitsgeschichte. Ein ähnliches Phänomen ist in der mittelalterlichen Kirche zu beobachten, deren Machtausübung zu einem Hohn auf die christliche Lehre wurde. Auf den Außenstehenden mag es in diesem wie in jenem Fall lächerlich grotesk oder abgrundtief verbrecherisch wirken, wenn aus Schwarz Weiß, aus Lüge Wahrheit gemacht wird; die Akteure — Gefangene ihrer eigenen Propaganda — sind sich dessen wahrscheinlich nicht einmal recht bewußt; bestenfalls kaschieren sie es vor sich selbst mit dem Satz von dem hohen Zweck, der die niederen Mittel heilige.

Ausgangsbasis Wirtschaftsreform

Die Ausgangsbasis des jüngsten Konflikts ist weder sensationell noch auf die CSSR beschränkt: die Erkenntnis, daß etwas in der Entwicklung des Sozialismus östlicher Prägung nicht stimmt — daß die echte Bedarfsdeckung in keinem angemessenen Verhältnis zu den schönen Produktionsziffern steht. Diese Entdeckung war kein Monopol tschechoslowakischer Ökonomen. Sie ist Gemeingut aller Theoretiker und Praktiker der kommu-

nistischen Wirtschaftsordnung und wird seit Jahren offen diskutiert. In allen kommunistischen Staaten — mit Ausnahme vielleicht Rumäniens — ist man sich auch bis in die obersten Parteispitzen hinein darüber einig, daß von dem schwerfälligen, unübersichtlichen Zentralismus abgegangen und eine mehr individuelle Verantwortung verlangende Dezentralisierung durchzuführen ist. Das Problem ist dabei nur die praktische Verwirklichung, und hier fehlt es fast überall an der erforderlichen Konsequenz. Auch *Antonin Novotny* hatte *Ota Šiks* Reformpläne gebilligt; in der Praxis aber hat Novotny sie durch persönliche Eingriffe wirtschaftsfremder Natur sabotiert. Denn die konsequente Durchführung der Reform hätte auf Kosten der überall in hohen Positionen der Wirtschaft sitzenden alten Parteimänner gehen müssen, die zwar die Befehle der zentralen Wirtschaftslenkung schlecht und recht auszuführen, nicht aber mit einem Male eigene Initiative und Verantwortung zu entwickeln imstande waren.

Dezentralisierte Wirtschaft, Steigerung der Leistung jedes einzelnen auf halbwegs verantwortlichen Posten verlangt — wenigstens beim derzeitigen Stand der Industrialisierung in den Ostblockländern — mit unentrinnbarer Dialektik mehr individuelle Freiheit. Sie zu verweigern oder gewährte Freiheit wieder zurückzunehmen, heißt zugleich, die Wirtschaftsreform zurückpfeifen oder mindestens auf die lange Bank schieben. Auf diesen zwingenden inneren Zusammenhang hat der Vater der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform, *Ota Šik*, immer wieder hingewiesen. Er wird deshalb heute von der hohen sowjetischen Parteibürokratie, die einen pragmatischen Seitenpfad („Einzelverantwortung ja, Freiheit nein“) gehen zu können glaubt, mit jener Konsequenz gehaßt und verfolgt, die schon immer denen zuteil wurde, die die konsequente Durchführung einer neuen Erkenntnis verlangten.

Rückfall in den Antisemitismus

Welche unmarxistischen Irrwege die hohe Parteibürokratie im Sowjetbereich heute geht, das erhellt deutlich genug jener klägliche Rückfall in einen mit dem Namen „Zionismus“ nur kümmerlich getarnten Antisemitismus, den man schon im vergangenen Jahr anlässlich des israelisch-arabischen Konfliktes und in diesem Frühjahr in Polen verzeichnen mußte. Im Falle der CSSR mußte sich das Parteipräsidiumsmitglied *Dr. Kriegel*, ein hochangesehener Arzt und Humanist, bei der Begegnung von *Cierna* von einem sowjetischen Delegationsmitglied einen „galizischen Juden“ schimpfen lassen, und die *Iswestija* entblödet sich nicht, den tschechoslowakischen Außenminister *Hajek* als einen Juden zu denunzieren, der eigentlich *Karpeles* heiße und während der deutschen Besetzung mit der Gestapo zusammengearbeitet habe. Man darf es der Wiener *Volksstimme*, dem Zentralorgan der KPÖ, hoch anrechnen, daß sie nicht nur die grob fahrlässige Verwechslung des Nichtjuden *Jiri Hajek* mit einem Mann namens *Bedrich Hajek* aufgedeckt, sondern diese ganze antisemitische Unratspekulation des sowjetischen Regierungsorgans als unerträglich zurückgewiesen hat. Der Fall zeigt erstaunliche NS-Affinitäten bei den derzeitigen Herren im Kreml: die Furcht vor einer sagenhaften imperialistischen Weltverschwörung nach Art der Weisen von Zion und die Mobilisierung von immer noch latent vorhandenen Pogromstimmungen.

Verzeichnet werden muß in diesem Zusammenhang, daß auch die DDR, in ihrem Propagandaapparat reichlich mit einschlägigen Fachleuten aus der NS-Zeit ausgestattet, diese kaum verhüllte antisemitische Hetze mitmachte. Eine Schlagzeile des *Neuen Deutschland* in den kritischen Tagen des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR, lautet: „Die Zionisten regieren in Prag“, und unterschied sich nur dadurch von einer entsprechenden Überschrift des *Völkischen Beobachter* aus dem Frühjahr 1939, daß dieser anstatt „Zionisten“ das Wort „Juden“ gebraucht hatte. Im übrigen meinten beide dasselbe.

Die Widersprüchlichkeit in der Außenpolitik

Doch läßt sich nicht genau übersehen, was die Sowjets und ihre Gesinnungsgenossen, vor allem in der DDR, von der Entwicklung in der CSSR *mehr* fürchteten, die ideologische Auflockerung und die ansteckende Wirkung der Freiheitswelle oder die außenpolitische Emanzipation der Ostblockglieder; wahrscheinlich sind ihnen beide Komponenten gleich unangenehm. Aber auch in dem zweiten Punkt dokumentiert sich unmarxistischer, kurzfristiger Pragmatismus, der vor allem nach der Änderung der bundesdeutschen Ostpolitik Ende 1966 alle bisherigen Grundsätze über den Haufen warf. Hatte der Kreml bis dahin jahrelang von der Bundesrepublik gebieterisch die Normalisierung ihrer Beziehungen zu den kommunistischen Staaten, die Ausdehnung des Ost-West-Handels usw. gefordert, so waren das, als die Regierung der Großen Koalition Anfang 1967 an die Verwirklichung dieser Gedanken ging, mit einem Mal teuflische imperialistische Pläne, um dem Kreml (und nicht zuletzt dem Ulbricht-Regime) seine Bundesgenossen abspenstig zu machen. Es soll hier nicht geleugnet werden, daß es auch in der Bundesrepublik Leute gab und gibt, die das tschechoslowakische Experiment mit einigen recht eigensüchtigen Nebengedanken verfolgen. Auf der anderen Seite aber dürfte kein ernstzunehmender, verantwortlicher Politiker an eine Ausnutzung dieses Experimentes zu Zwecken der Machtverschiebung gedacht haben. Solche Hoffnungen haben sich spätestens 1956 beim ungarischen Aufstand als illusorisch erwiesen.

Der Zwang zum Handel des Ostens mit dem Westen

Vvas es freilich gibt, das ist ein gebieterischer Zwang für die kommunistischen Staaten zur Ausdehnung des Handels mit dem Westen, vor allem der Bundesrepublik, und in diesem Zusammenhang natürlich auch zur Verbesserung der politischen Beziehungen. So sehr jeder auch bei uns, der einmal in die Außenhandelsstatistiken dieser Länder hineingeschaut hat, weiß, daß sie alle — besonders die rohstoffarmen unter ihnen wie die CSSR und Ungarn — auf die Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion angewiesen sind, so unbestreitbar ist auch die Tatsache, daß das entscheidende Drittel des Imports dieser Länder, nämlich die Investitionen für die überall im Aufbau begriffenen Industrien, nicht von der Sowjetunion, sondern nur vom Westen zur Verfügung gestellt werden kann. Das hat gewisse politische Konsequenzen, wie auch der die Devisenlage dieser Länder wesentlich erleichternde breite Touristenstrom aus dem Westen politisch-psychologische Folgen hat. Aber schließlich hat die ganze, von *Chruschtschow* seinerzeit — nicht aus Übermut, sondern aus innerer Notwendigkeit eingeleitete — Politik der friedlichen Koexistenz mit der nichtkommunistischen Welt Auflockerungen zur Folge gehabt und an die Stelle der Divisionen und Arbeitslager feinere politische und psychologische Methoden gesetzt.

Die rumänische und die jugoslawische Karte

Wollen die Sowjets also, in zaristisch-imperialistischen Kategorien denkend, wieder ihre Zuflucht zu Divisionen, Panzern und stalinistischen Methoden der Erzwingung kommunistischer Disziplin nehmen? Einige Tage lang sah es so aus, als ob sie in einem Aufwaschen mit den Tschechoslowaken auch die seit Jahren schon aus der Reihe tanzenden Rumänen und die vor 20 Jahren abtrünnig gewordenen Jugoslawen wieder in den harten militärischen Griff bekommen wollten. Vielleicht waren dies nur Drohungen gegen die mächtig aufbegehrenden und sich mit den Tschechoslowaken solidarisierenden Rumänen und Jugoslawen. Wahrscheinlicher aber ist, daß man im Kreml inzwischen — besonders unter der Einwirkung der Weltmeinung — nachgeholt hat, was man bei aller Perfektion der militärischen Operation an politischer Planung vernachlässigt hatte.

Nicht, daß wir von dem rotchinesischen Hilfsversprechen an Rumänien allzuviel hielten — die Chinesen haben zur Zeit genug mit sich selbst zu tun; auch aus dem Westen können die Rumänen keine direkte Hilfe erwarten. Die Tatsache aber, daß eine sowjetische Besetzung Rumäniens einer unmittelbaren Bedrohung Jugoslawiens gleichkäme, könnte, zusammen mit den bei dem jüngsten Treffen *Titos* mit *Ceausescu* getroffenen Abmachungen, Auswirkungen von unübersehbarer Tragweite haben. Jugoslawien gehört nicht zu dem von den USA respektierten sowjetischen Einflußbereich. Schon hörte man aus Belgrad von einer Garantieerklärung, welche die USA den Jugoslawen gegeben haben sollen. Jedenfalls würde eine jugoslawische Hilfeleistung für die von den Sowjets angegriffenen Rumänen nicht auf eine sowjetische Auseinandersetzung mit diesen beiden Ländern beschränkt bleiben können. An einer solchen Ausdehnung ihres Blockkonfliktes aber können die Sowjets kein Interesse haben. Inzwischen führen sie bereits ausländische Journalisten in ihre an der rumänischen Grenze gelegenen Gebiete, um ihnen zu zeigen, daß alle Gerüchte über sowjetische Truppenmassierungen in dieser Gegend unzutreffend seien. Unmittelbar nach dem Einmarsch in die CSSR freilich waren sie es keineswegs.

Das Spiel mit dem Nationalismus

Auch ein sowjetisches Aufhetzen der *Ungarn* und *Bulgaren* gegen die Rumänen und Jugoslawen dürfte nicht mehr in Frage kommen. Nachrichten von solchen Plänen hat es gegeben. Gleichgültig, ob dies nur Kombinationen westlicher Korrespondenten oder von den Sowjets lancierte Drohungen waren, fest steht jedenfalls, daß die Sowjets nie ganz auf eine solche Taktik nach dem Motto „Divide et impera“ („Teile und herrsche“) in ihrem Einflußbereich verzichtet haben. Alle nach außen zur Schau getragene kommunistische Solidarität hat nicht die nationalen Aspirationen zu kaschieren vermocht, welche die Ungarn auf das von einem starken ungarischen Bevölkerungsanteil bewohnte rumänische *Siebenbürgen* und die Bulgaren auf die nördliche *Dobrudscha*, die zu Rumänien gehört, und auf die jugoslawische Teilrepublik *Mazedonien* erheben. Die bereits Anfang dieses Jahres aus einem relativ so unbedeutenden Anlaß wie dem 90. Jahrestag des Vertrages von San Stefano plötzlich entfachte, gegen Jugoslawien gerichtete bulgarische Mazedonien-Kampagne ließ gar zu deutlich die lenkende sowjetische Hand im Hintergrund erkennen.

Inzwischen aber haben die sowjetischen Politiker offensichtlich die Gefährlichkeit dieser politischen Eintagsfliegen, die im CSSR-Konflikt wieder ausschlüpfen, erkannt: Wenn sie selbst politisch-territoriale Veränderungen in ihrem Machtbereich durchführen oder auch nur dulden, dann ziehen sie ihrem eigenen Dogma von der Unabhänderlichkeit der durch den zweiten Weltkrieg geschaffenen Tatsachen den Boden weg. Was sie dabei einzubüßen riskieren würden (Oder-Neiße-Grenze, Ostpolen, Bessarabien, Karpato-Ukraine), ist jedenfalls ein Vielfaches von dem, was sie im besten Falle gewinnen könnten.

Isolierung Moskaus im Weltkommunismus

Schon diese wenigen Beispiele machen die politische Sackgasse deutlich, in die sich die Sowjets mit ihrer überstürzten militärischen Intervention in der CSSR verrannt haben. Hinzu kommt die Verschlechterung ihrer Position innerhalb des Weltkommunismus. Ging bisher schon infolge des Abfalls Rotchinas, Albaniens usw. ein Riß durch die Weltbewegung, so schien es den Sowjets doch im Februar auf der Vorkonferenz von Budapest wenigstens gelungen zu sein, eine große Mehrheit der kommunistischen Parteien für eine Weltkonferenz zu gewinnen, die im November in Moskau stattfinden sollte. Daraus wird nun, wenigstens solange sowjetische Truppen in der CSSR stehen, nichts werden — das hat z. B. auch bereits die große italienische KP bestätigt.

Die Ablehnung des Vorgehens gegen die CSSR ist außerhalb des Kreises der fünf Beteiligten ziemlich einhellig. In Europa sind es eigentlich nur wenige unbedeutende (von Moskau finanziell ausgehaltene) Parteien wie die KPD und die KP Luxemburgs, die dieses Vorgehen billigen. Vor allem der kommunistische *Weltgewerkschaftsbund* lehnt den Gewaltakt gegen die CSSR entschieden ab, wie auch durch die recht eindeutige Schreibweise der dem WGB nahestehenden *Anderen Zeitung* bestätigt wird. Das gelungene Experiment eines freiheitlichen Kommunismus in der CSSR hätte für den Weltkommunismus eine unschätzbare Werbewirkung gehabt. Die Niederschlagung dieses Versuches aber muß den internationalen Kommunismus mehr als alles andere bisher in seinen Grundfesten erschüttern. Wieder einmal hat sich gerächt, daß Tempo und Modus der Entwicklung des Kommunismus in dem von ihm beherrschten Teil der Welt nicht von einem hochentwickelten Industriestaat, sondern von einer immer noch in den industriellen Anfängen steckenden Großmacht mit agrarischer Grundlage bestimmt wird.

Es gibt eine fast wie ein Bonmot klingende, sicherlich etwas voreilige These des Inhaltes, die Sowjets würden einer deutschen Wiedervereinigung auch dann nicht zustimmen, wenn sie die Garantie hätten, daß Deutschland als Ganzes kommunistisch würde. Dieser Ausspruch enthält zweifellos einen wahren Kern: die Angst der Sowjets vor dem Verlust ihrer Rolle als Machtzentrum des internationalen Kommunismus. In jedem Fall ist der Prozeß der Bedeutungs- und Ansehensminderung, dem Moskau, das kommunistische Rom, in den letzten Jahren unterworfen war, durch die Militäraktion gegen die CSSR nicht aufgehalten, sondern eher beschleunigt worden. Schon die Tatsache, daß die Kreml-Gewaltigen mit Männern wie *Dubček*, *Černík* und *Smrkovsky*, die sie eben noch als Konterrevolutionäre beschimpft und mißhandelt hatten, sich in Moskau an den Verhandlungstisch setzten, beweist das Ausmaß ihrer politisch-moralischen Niederlage. Verräter gibt es zwar überall, aber angesichts des geschlossenen Widerstandes des tschechoslowakischen Volkes fanden die Sowjets keine Quislinge, die es gewagt hätten, sich für das ihnen zuge dachte Himmelfahrtskommando herzugeben. Die Zeiten der Gewaltanwendung sind auch für den Weltkommunismus im Schwinden. Auch hier gilt das Wort von *Karl Marx*, das das Zentralorgan der KPC, *Rude Pravo*, nach seinem Wiederscheinen anstelle des bisherigen Spruches „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ in seinem Kopf trug: „Nur das Volk kann frei sein, das andere Völker nicht ihrer Freiheit beraubt.“

Die Rolle der DDR

Noch nicht bis ins letzte geklärt ist, welche Rolle *Ulbricht* und seine Mannschaft bei dem Angriff auf Souveränität und Freiheit des „tschechoslowakischen Brudervolkes“ gespielt haben. Es gibt Darstellungen, denen zufolge die Informationen, die *Ulbricht* von seinem Karlsbader Treffen mit *Dubček* (zwischen der Konferenz von Preßburg und dem Einmarsch) nach Moskau gegeben hat, mitentscheidend für die militärische Aktion gewesen seien. Recht wohl scheint man sich in Ost-Berlin nicht zu fühlen angesichts der Rolle, welche die „Nationale Volksarmee“, auf Hitlers Spuren wandelnd, beim Einmarsch in die CSSR zu spielen hatte. Ein — offensichtlich dem Berliner Times-Korrespondenten zugespielter — Bericht besagt, *Ulbricht* habe sich gegen eine Beteiligung seiner Wehrmacht an der Strafexpedition gesträubt, allerdings vergebens. Offenbar wollten sich die Sowjets die Gelegenheit, einen der Hauptschuldigen durch militärische Beteiligung noch weiter in Schuld zu verstricken, nicht entgehen lassen.

Wie grimmige Ironie klingt es, wenn man in der DDR-Zeitschrift *Neue Justiz* in einem — allerdings vor dem Einmarsch geschriebenen — Kommentar des Generalstaatsanwalts *Josef Streit* zu Artikel 8 der neuen DDR-Verfassung liest: „Aggressor ist derjenige Staat, der als erster einen bewaffneten Angriff auf das Territorium oder die Streit-

kräfte eines anderen Staates durchführt. Keinerlei Erwägungen politischer, wirtschaftlicher oder strategischer Art und keine Motive, die sich auf die innere Lage eines Staates beziehen, können als Rechtfertigung einer bewaffneten Einmischung dienen."

Winzers Bumerang

In seiner Nervosität über das Weltecho auf den Überfall hat sich das DDR-Regime zu einem Angriff auf die Bundesrepublik hinreißen lassen, der — schlecht durchdacht — wie ein Bumerang zurückschlagen muß. Der DDR-Außenminister *Winzer* hat, wie schon zuvor die Sowjets in der Debatte über den Atomsperrvertrag, der Bundesrepublik mit der sogenannten Feindklausel der Charta der Vereinten Nationen gedroht, die in Art. 53 einer Siegermacht des zweiten Weltkrieges Zwangsmaßnahmen gegen eine „Erneuerung der Angriffspolitik“ einer Feindmacht gestattet. *Winzer* übersieht aber ganz, daß mit „Feindmacht“ in der UN-Charta von 1945 nicht die Bundesrepublik gemeint sein konnte, die damals noch nicht existierte, sondern das Deutsche Reich. Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist nach der von der DDR-Regierung vertretenen Zwei-Staaten-Theorie nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR, und auf letztere ist, besonders im Zusammenhang mit dem Einmarsch ostdeutscher Truppen in die CSSR (eine Siegermacht des zweiten Weltkrieges) Art. 53 haargenau anwendbar. Oder gilt auf einmal die Zwei-Staaten-Theorie nicht mehr, und ist jetzt auch nach *Ulbrichts* und *Winzers* Meinung die Bundesrepublik einzige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches? Jedenfalls, wie man es auch dreht, *Winzers* Argumentation richtet sich gegen die DDR und würde allenfalls einen amerikanischen Angriff auf die DDR, nicht aber einen sowjetischen auf die Bundesrepublik rechtfertigen.

Das atomare Patt und die Blockbildung

Den Tschechen und Slowaken freilich, die die Tapferkeit und Disziplin eines *Jan Hus* wie die List und passive Resistenz des braven Soldaten *Schwejk* den sowjetischen Panzern entgegengesetzt haben, helfen diese Betrachtungen und Zukunftsanalysen vorläufig wenig. Der gerechte Zorn über den sowjetischen Gewaltakt entbindet auch nicht von der Chronistenpflicht, zu erkennen, daß er eine indirekte Folge der derzeitigen Situation in der Welt ist: des atomaren Patts und der Aufteilung der Welt in zwei Blöcke. Gewiß kann man den Amerikanern glauben, wenn sie Darstellungen, denen zufolge sie den Sowjets freie Hand für den Einmarsch in die CSSR gegeben hätten, energisch in Abrede stellen.. Die stillschweigende oder doch nur durch schwache Reaktionen vernebelte Duldung des Einmarsches ist eine natürliche Folge der gegenseitigen Respektierung der Einflußbereiche. Das ist für den atomaren Frieden in der Welt zwar ein gewisser Trost, liefert aber die kleineren und mittleren Nationen auf Gedeih und Verderb der Willkür der mächtigen Nationen ihres eigenen Blockes aus. An dem Fall Tschechoslowakei wird deutlich, wie begründet das von Rumäniens Staats- und Parteichef *Ceausescu* bereits im vorigen Jahr vorgebrachte Verlangen nach gleichzeitiger Auflösung der Blöcke, nach Schutz der Kleinen davor, daß sie für die Händel der Großen die Zeche bezahlen müssen, und auch nach Sicherheitsgarantien der Atomwaffenmächte für die Unverletzbarkeit der atomaren Habenichtse ist.

Sowjets belebten die NATO

An eine Auflösung der Blöcke ist nach dem Angriff auf die CSSR weniger denn je zu denken. Die Sowjets und ihre Helfer bei diesem Gewaltakt haben es fertiggebracht, die allgemeine und in Anbetracht der Vertragsdauerfälligkeit im nächsten Jahr prekäre NATO-Müdigkeit mit einem Schlag in gespannte Wachsamkeit aller Beteiligten zu ver-

wandeln: ein weiteres Meisterstück politischer Unfähigkeit, geboren aus Furcht. In einem Augenblick, in dem die sowjetischen Panzer, bisher 700 Kilometer von uns entfernt, an der tschechoslowakischen Ostgrenze stationiert, unmittelbar an der Grenze der Bundesrepublik, gegenüber von Schirnding und Furth im Wald stehen, wird es kaum jemand in der Bundesrepublik geben, der die Präsenz der Amerikaner bei uns als überflüssig ansieht — dies um so weniger, als die sowjetische Propaganda alle Schuld für den Einmarsch auf die Bundesrepublik und ihre angeblichen Angriffsabsichten zu schieben versucht, Absichten, die, wenn sie wahr wären, einen militärischen Schlag der Sowjets auch gegen die Bundesrepublik rechtfertigen würden. Das atomare Patt mag zwar eine wirksame Garantie gegen einen atomaren Überfall sein, es ist aber durchaus nicht in jedem Fall ein Schutz gegen einen zunächst lokal begrenzten Angriff mit konventionellen Waffen. Es ist die Schuld der *Breschnjew* und *Kossygin*, wenn die Angst vor einer Desperado-Politik der Diktatoren wieder aufgeflammt ist und entsprechende Abwehraktionen zur Folge hat.

Rapackis Ideen wieder aktuell

Natürlich bringt die Erkenntnis von der vorläufigen Notwendigkeit amerikanischer Präsenz in Europa keine dauerhafte Lösung des eigentlichen Problems. Sie ist allenfalls die Rechtfertigung einer Übergangsregelung, einer befristeten Politik des kleineren Übels. Auch dies ist gerade durch das tschechoslowakische Abenteuer der Sowjets deutlich geworden. Das Ausgeliefertsein der kleinen und mittleren Staaten an die Willkür und das selbstsüchtige Machtstreben ihrer Block-Großmacht ist auf die Dauer unhaltbar und stellt seinerseits eine ständige Gefahrenquelle für den Weltfrieden dar, wie Ungarn 1956, Vietnam und jetzt die CSSR beweisen.

Der Weltfriede kann nur dann wirklich gesichert werden, wenn wirksame Garantien zum Schutze der Kleinen und Mittleren geschaffen werden. Die Ideen eines *Rapacki* über die Schaffung atomwaffenfreier und militärisch verdünnter Zonen sind durch die bitteren Augustereignisse in der CSSR keineswegs illusorisch, sondern im Gegenteil aufs neue aktuell geworden, so merkwürdig eine solche Feststellung manchem in dieser Situation erscheinen mag. Nur so kann auch die Forderung nach einem einigen, stärkeren Europa verstanden werden, die jetzt wieder erhoben wird. Wer glaubt, dieses einige und stärkere Europa im Sinne eines Machtzuwachses für einen bestimmten Block verstehen zu können, begeht einen verhängnisvollen Fehler: Ein solcher Weg würde die internationalen Spannungen in einem besonders für die europäischen Völker als Hauptleidtragende unerträglichen Maße anwachsen lassen. Europa wird ein Erdteil des Friedens, des Fleißes und der Wohlfahrt seiner Menschen oder es wird eine Atomwüste sein.

Nicht Kalter Krieg, sondern verhandeln

Jis gibt keinen anderen Weg, als zu verhandeln und immer wieder zu verhandeln. Das ist kein Zeichen der Schwäche des Westens und bedeutet keinen Generalpardon für die Sowjets und ihre Mitläufer. Es ist die einzige Möglichkeit, wenn die Menschheit vor einer Katastrophe bewahrt bleiben soll, die ihre Kultur und das Leben der meisten Individuen vernichten würde. Auch die Sowjets werden, ebenso wie die andere Seite, einsehen müssen, daß sie dem Zweck der Friedenserhaltung Opfer bringen müssen. Man wird viel Geduld aufzubringen haben, um die in Gang befindlichen Entwicklungsprozesse im Osten ausreifen und Menschlichkeit und Vernunft sich durchsetzen zu lassen. Es kann keinesfalls im europäischen Sicherheitsinteresse liegen, den Kalten Krieg neu anzufachen und die zahlreichen einsichtigen, friedliebenden und freiheitlichen Elemente, die es heute schon im kommunistischen Herrschaftsbereich gibt, mit ihren Machtpolitikern zu einer Art Notgemeinschaft zusammenzuschweißen.